

Der Vollzugsdienst

2/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Tagung des Bundeshauptvorstandes 2019 im Schloss Eckberg in Dresden

Ausscheidende Landesvorsitzende geehrt

Seite 1

Belastungsgrenze im saarl. Strafvollzug ist in bedrohlicher Form überschritten

Markus Wollscheid als Landesvorsitzender wiedergewählt

Seite 64

Geschichtliches über alte Standorte von Gefängnissen in Sachsen-Anhalt

Justizvollzugsanstalt Dessau (1886 - 1990)

Seite 73



Foto: BSBD NRW



BADEN-WÜRTTEMBERG



HAMBURG



HESSEN

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1** Tagung des Bundeshauptvorstandes 2019
im Schloss Eckberg in Dresden –
Ausscheidende Landesvorsitzende
geehrt
- 3** Hinter den Kulissen –
Die Tarifverhandlungen 2019
sind abgeschlossen –
Die wichtigsten Ergebnisse

LANDESVERBÄNDE

- 5** Baden-Württemberg
- 19** Bayern
- 21** Berlin
- 25** Brandenburg
- 28** Bremen
- 29** Hamburg
- 34** Hessen
- 40** Mecklenburg-Vorpommern
- 42** Niedersachsen
- 45** Nordrhein-Westfalen
- 59** Rheinland-Pfalz
- 63** Saarland
- 67** Sachsen
- 68** Sachsen-Anhalt
- 75** Schleswig-Holstein
- 79** Thüringen
- 67** Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundeschäftsvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundeschäftsvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundeschäftsvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundeschäftsvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundeschäftsvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundeschäftsvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 3/2019:



18. Juni 2019

Statistik – Dominanz und Segen? Lässt sich vollzugliche Wirksamkeit in Zahlen fassen?

Zahlen, Zahlen – und eine Menge Berichtspflichten. **BSC** – Balanced Scorecard, Sicherheitsstatistiken nach **VGO** (inklusive der Statistik über die Gewalt gegen Bedienstete des Justizvollzugs), Fristen, **BeCon** (Behandlungs-Controlling), **BiCon** (Bildungs-Controlling), Behandlungsatlas.... Die Auflistung der vollzuglich zu liefernden Zahlen und Statistiken im hessischen Justizvollzug bleibt (mehr als) unvollständig.

Was ich schon immer mal hinterfragen wollte: Statistik, Zahlen, die wir erheben – steuern wir mit diesen Zahlen? – will sagen: stiften unsere Zahlen

zu werden. Wobei „Zahlen“ und „Erleben“ – Zahlen und tatsächlich erlebte Behandlungs- und Pflegeleistung – irgendwie auseinander zu fallen scheinen in der dortigen Realität. So gibt es doch Krankenhäuser und Pflegeheime mit akzeptablen Zahlen – aber nicht vertretbaren Zuständen. Ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser beiden Berufsfelder sich wiederfinden in den Bewertungen, Auswertungen – und was auch immer? Wenn sie doch gerade erleben, wie eng der Dienstplan ist und wie sehr sie rennen müssen? Gewerkschaftliche Subjektivität.

und Leuten, die dieselbe Leistung nicht erhalten.... Hm. Wir werden es wohl nicht schaffen, Gefangenen Maßnahmen vorzuenthalten, um Behandlung und Nichtbehandlung zu vergleichen/ zu bewerten. Jedenfalls behaupten die Fachleute zum Thema „Wirksamkeit“, es sei eine Blindstudie erforderlich, um tatsächlich die „Wirksamkeit“ einer Maßnahme zu bewerten.

Wie auch immer, **MeWis** ist nur eins von vielen Beispielen, wie sehr wir uns in Datenerhebung verfangen, ergründen, beschreiben. Über unzählig viele Fragestellungen soll jedenfalls der Eingangstatus des Gefangenen bewertet werden (von den Bediensteten des Sozialdienstes), sodann Dokumentation aller (Behandlungs-)Maßnahmen, am Ende folgt die Bewertung des „Ausgangstatus“. Die Differenz zwischen beiden Punktwerten wird als „Wirksamkeit des Vollzugs“ bestimmt. Aha.

Folgt man der Bewerbung des Projekts, dann lassen sich darüber Behandlungsangebote bewerten. Es lässt sich natürlich auch der Behandlungserfolg einer Anstalt beschreiben. Bleibt zu fragen, wer am Ende versagt hat? Der Gefangene? Oder die Anstalt durch „nicht wirkende Behandlung“. Oder die Vollzugsplanungskonferenz, die die falschen Maßnahmen entschieden hat? Oder der psychologische und der Sozialdienst mit falscher Empfehlung?

Puh, puh, puh.

Das Landgericht Limburg bezeichnete die Erhebung von Daten, die Beziehung von Informationen im Urteil gegen die Rheinland-Pfälzer Kollegen am 7. Juni 2018 jedenfalls als „Sorgfaltspflicht“.

Höre ich die Kolleginnen und Kollegen der Fachdienste und frage sie, wieviel Zeit dann noch für das Gespräch mit dem Gefangenen bleibt, dann antworten viele: 80% meiner Arbeitszeit verbringe ich am Schreibtisch mit Aktenstudium, Dokumentation, Vollzugsplanung, SoPart, Basis Web, Domea, die Pflege der Gefangenenpersonalakte etc. (Oder auf der Suche nach dem Ablageort einer bestimmten Information), 20% verbleiben für das Gespräch mit dem Gefangenen. Ob das Wirkung und Wirksamkeit stiftet?

10 bis 15 Seiten Vollzugsplanung (in Hessen) mit allen Facetten der Fragestellungen und Empfehlungen ... wer



Sind Statistiken geeignet Rückschlüsse darüber zu geben, was damit gesteuert, nachgeplant oder verändert werden kann?
Foto: © Natee Mee pian – Fotolia.com

schlussendlich Rückschlüsse, so dass wir damit steuern, nachsteuern, nachplanen, etwas verändern? Oder wird über all die Zahlen gar die „objektive“ „Macht“ des „Faktischen“ abgebildet!?

Ich werde schon skeptisch, wenn Kolleginnen und Kollegen, Vorgesetzte, Bedienstete der Aufsichtsbehörde die Macht und Kraft des „Objektiven“ für sich beanspruchen – oder anders gesagt: „Das musst Du objektiv sehen, Birgit.“ Und dann folgt in der Regel die Aufzählung der eigenen Argumente. Dagegen steht dann offensichtlich die „Subjektivität“ von Mitarbeitern/innen oder gar der Gewerkschaft!?

Zahlen also, die Heilsbringer einer neuen Zeit. Kranken- und Altenpflege können schon seit vielen Jahren ein Lied davon singen, was es heißt, an Zahlen gemessen und mit Zahlen beschrieben

Die **Bildzeitung** wartete vor Jahren mit einer Bewertung der Vollzugsanstalten auf, waren es damals Sterne oder Punkte? Ich weiß es nicht mehr, erinnere mich noch an die schlechte Bewertung der JVA Butzbach – aus Sicht der Gefangenen...

Um sich der ewigen Bewertungsgröße „Rückfallquote“ zu entziehen, haben Niedersachsen und Hessen jetzt „**MeWis**“ entwickelt – die „Messbarkeit der Wirksamkeit des Justizvollzugs“.... Wirklich? Lässt sich die „Wirksamkeit“ des Justizvollzugs tatsächlich in Zahlen beschreiben – lässt sich Wirksamkeit belegen? Die Profis im Job – hier: der psychologische Dienst – erklärten mir: Wirksamkeit messen zu wollen, erfordert die Schaffung von Vergleichsgruppen. Vergleichsgruppen generieren sich aus Leuten, die eine Leistung erhalten

ist verantwortlich für die Umsetzung? Es ist nicht der Gefangene. Nein, er muss nicht sein Interesse und Bemühen zeigen. Es sind die Bediensteten, die Fachdienste und deren Fristenwahrung. Die Verkehrung von Verantwortung hinsichtlich des Seins und Werdens eines Gefangenen?! Ich meine: ja, es ist eine Verkehrung. Und schließlich steht da noch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sicherheitsverwahrung. Nach den Vorgaben von dort, muss die SV-Einrichtung monatlich alle Versuche, den Untergebrachten zu motivieren, dokumentieren.

Dokumentieren, dokumentieren, dokumentieren. – Dokumentation dient schließlich offensichtlich der Absicherung des Entscheiders. Wieviel sie mit dem Beschriebenen zu tun haben, all die Dokumente, all die Beschreibungen? Und ob das den betroffenen Gefangenen tatsächlich interessiert – all diese Auseinandersetzung auf Papier? Wie häufig ertappe ich mich selbst mittlerweile, befasst mit der Fragestellung, ob eine lockernde, auflösende Entscheidung mir selbst zum Fluch werden könnte, weil ich selbst in einer Weise in die Verantwortung gerufen werde: für das Verhalten eines anderen, eines Gefangenen.... Wer traut sich noch, gar positiv über vollzugsöffnende Maßnahmen zu entscheiden? Jetzt mal recherchierte Zahlen durch die Gewerkschaft: Gab es in Hessen im Jahr 1999 noch über 1.100 Haftplätze im offenen Vollzug (gesetzlich galt er damals als Regelvollzug), sind es jetzt gerade noch 400 Plätze, belegt sind we-



Foto: © Sinuswelle – Fotolia.com

Lässt sich die Wirksamkeit des Justizvollzugs tatsächlich in Zahlen beschreiben ?

niger als 200 (1999 waren noch über 900 Gefangene im offenen Vollzug untergebracht).

Und schließlich: das wird nun eine spannende Auseinandersetzung im Hinblick auf die europäischen Datenschutzbestimmungen.

Werden Vorakten zukünftig zur Verfügung gestellt, gar Akten, die älter als fünf Jahre alt sind??? Zur Sorgfalt gehört zukünftig die rechtzeitige Vernichtung geschlossener Akten, gespeicherter Daten.... Im hessischen Justizvollzug wird aktuell sehr intensiv über die Anwendung und Umsetzung von Löschregeln diskutiert und sie werden für die Praxis geregelt.

Warum schreibe ich diesen Artikel? Ganz ehrlich: ich habe (fast) keine Hoffnung, dass dieser Trend zu Doku-

mentation, Statistik etc. tatsächlich aufzuhalten ist. Zahlen und Tabellen werden zu Zahlenfriedhöfen, viele entfalten keine Steuerungsrelevanz. Geben sie stattdessen Sicherheit? Wozu dienen sie dann, wenn der Tageslauf in der JVA sich stattdessen durch die besonderen Vorkommnisse, die Beschwerden der Gefangenen, die psychisch Auffälligen, die Drogensüchtigen, die zunehmende Zahl nicht ausbildungs- oder arbeitsfähiger Gefangener, der extremistisch Ausgerichteten, Gewaltbereiter bestimmt ist?

Über die Medizin grassiert ein „Witz“ in den Social media: Wer früher ein Einser-Abi hatte, studierte Medizin und wurde Arzt. Wer schlechter als 2 war, studierte BWL. Wer bestimmt nun heute das Gesundheitswesen???

Politische Arbeit startet

Landesvorstand in Klausur

Mit zwei Tagen intensiver Diskussion startete der BSBD-Landesvorstand in die neue Wahlperiode des hessischen Landtags.

Nachdem alle im Landtag vertretenen Fraktionen ihre jeweiligen vollzugspolitischen Sprecher/innen benannt und der Unterausschuss Justizvollzug sich konstituiert hat, heißt es nun, das Gespräch zu suchen, Termine zu vereinbaren.

Das Arbeitsfeld Justizvollzug ist ein schwieriges – da braucht es eine gute und deutliche Interessenvertretung für alle Kolleginnen und Kollegen aus allen Fachrichtungen. Man bedenke, von den 15 Mitgliedern des Unterausschusses sind 12 Landtagsabgeordnete neu in



Die Teilnehmer der Klausurtagung befassten sich mit einem umfangreichen Themen- und Forderungskatalog. Fotos (3): BSBD Hessen

dem Gremium. Das wird auch für den **BSBD** eine sehr große Herausforderung werden.

Anfang Februar ging es deshalb zur Vorbereitung zwei Tage in Klausur: der **BSBD-Landesvorstand** hat nun einen umfangreichen Themen- und Forderungskatalog vorbereitet, der sich mit allen im Justizvollzug vertretenen Fachgruppen auseinandersetzt, der sich mit Bezahlung, Entwicklungsperspektiven, Gestaltung von Stellenschlüsseln, den Zulagen, der Arbeitssituation befasst.

Bodycams im Justizvollzug?

Darüber hinaus befasste sich der Landesvorstand sehr intensiv mit den vollzugspolitischen Festlegungen der neu gewählten Landesregierung und den Zielvorgaben aus dem Koalitionsvertrag, ganz besonders wurde die Pilotierung von Bodycams im Justizvollzug sehr kritisch diskutiert. Bodycams werden bei der Polizei besonders im Streifen dienst eingesetzt, um präventiv und abschreckend zu wirken. In geschlossenen Räumen werden sie auch dort nicht eingeschaltet.

Der **BSBD** Hessen wird in den nächsten Ausgaben des **Vollzugsdienstes** zum ganzen Themenstrauß berichten. Aber auch auf der **Website** und in **Facebook** werden wir Euch/Sie alle auf dem Laufenden halten. Es geht um den Justizvollzug, es geht um uns alle!

www.bsbd-hessen.de



Intensive Diskussion über die Zielvorgaben der neugewählten Landesregierung.



Blick in den Versammlungsraum.

Aus der Klausurtagung des **BSBD-Landesvorstands**

Mittlerer Verwaltungsdienst im Justizvollzug: Abgehängt oder vergessen?

Es gibt im hessischen Justizvollzug kaum eine Laufbahn, die betroffen ist von allen Umstrukturierungen und „Reorganisationen“ in der Vollzugsverwaltung, als der **mittlere Justizdienst, Laufbahnzweig Vollzugs- und Verwaltungsdienst** – so die offizielle Bezeichnung; kurz: der mittlere Verwaltungsdienst.

Rund 250 Bedienstete gehören dieser Laufbahn an, wobei nur knapp 200 Kolleginnen und Kollegen im Beamtenverhältnis sind – die anderen arbeiten als Tarifbeschäftigte. Eingangsamt für die „jungen“ Kolleginnen und Kollegen ist A6. Es ist der einzige Laufbahnzweig mit diesem Eingangsamt; AVD, Werkdienst und Krankenpflegedienst starten bei uns in Hessen alle in A7.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, sehr geehrte Landtagsabgeordnete, wir haben zwischen-

zeitlich riesige Probleme im Justizvollzug, geeignete Bewerberinnen und Bewerber für unseren mittleren Verwaltungsdienst zu finden. Es sind nicht mehr die Realschulabsolventen, die sich mit 16 für eine Tätigkeit im Justizvollzug interessieren. Das war einmal.

Wir haben viele Bewerbungen von Interessenten um die 30 oder gar älter. Die haben bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung, haben ein paar Jah-

re in ihrem Beruf gearbeitet und suchen nun nach einer Veränderung. Aber: wir können Sie beruflich nicht mehr genügend qualifizieren, d. h. zum Vorbereitungsdienst schicken, denn: für diesen Laufbahnzweig wird kein Anwärtersonderzuschlag gezahlt.

Viele der Bewerberinnen und Bewerber bzw. der eingestellten Tarifbeschäftigten können sich mit um die 30 keine Ausbildung mehr leisten, in der sie nur rund 1.100 € Anwärterbezüge erhalten, zumal sie in der Regel zunächst als Tarifbeschäftigte (EG 6) eingestellt werden, und dann plötzlich finanziell sozusagen eingedampft werden. Das kostet uns als Justizvollzug dann die berufliche Qualifizierung und daraus resultierend eine deutliche Beschränkung der Einsatzmöglichkeiten, wenn sie im Tarifbeschäftigtenverhältnis bleiben (müssen) – samt Verlust beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten,



denn bei den Tarifbeschäftigten ist bei EG 8 schließlich „das Ende der Fahnenstange“ erreicht (die Beamtinnen und Beamten haben – theoretisch – die Entwicklungsmöglichkeit bis A11 bei uns in Hessen).

Und man bedenke: „ältere“ Bewerberinnen und Bewerber wohnen nicht mehr bei Mutti und Vati. Die eigene Wohnung will finanziert sein.

Forderung 1 deshalb: bitte führen Sie für diesen Laufbahnzweig auch einen Anwärtersonderzuschlag für den mittleren Verwaltungsdienst ein! Wir brauchen fachlich versierten, umfassend einsetzbaren Nachwuchs in dieser Laufbahn. Wir haben mächtige Probleme am Arbeitsmarkt, geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden! Die Voraussetzungen für den Anwärtersonderzuschlag sind allemal erfüllt. Der Arbeitsmarkt „draußen“ boomt, die Bewerber/innen wählen – nicht wir. Bitte, sorgen Sie dafür, dass wir konkurrenzfähig bleiben!

In der Ausbildung durchlaufen die Anwärterinnen und Anwärter des mittleren Verwaltungsdienstes alle Sachgebiete und Funktionen des Justizvollzugs.

Nach der Reorganisation der ausführenden Verwaltung – kurz: der VCCen – und der Bündelung von Aufgaben an nur einem Standort heißt das nun für die Anwärterinnen und Anwärter, dass alle durch den Ausbildungsabschnitt im VCC Nord in Kassel und alle durch den Ausbildungsabschnitt in Frankfurt müssen. Kompromisslos. Allerdings fehlt es an beiden Standorten bisher an geeigneten – vor allem an bezahlbaren – Unterkünften. Das verursacht markante zusätzliche Kosten, d.h. Miete, Fahrtkosten u. ä., von nur 1.100 € lässt sich das überhaupt nicht finanzieren, schon gar nicht mit eigener Wohnung. Auch deshalb brauchen wir einen Anwärtersonderzuschlag. Und: wir brauchen dringend Unterkünfte von Amtswegen. Wer Aufgaben zentralisiert an einem Standort und umfassende berufliche Qualifizierung wünscht, sollte auch die Folgekosten mit berücksichtigen; deshalb **Forderung 2:** sorgen Sie an den **Ausbildungsstandorten** der VCCen für eine Unterbringung von Amtswegen.

Der mittlere Verwaltungsdienst – einziger Laufbahnzweig im hessischen Justizvollzug mit dem Eingangsamt

A6, alle anderen haben A7 (und das ist richtig so) als Eingangsamt, deshalb **Forderung 3:** bitte heben Sie das Eingangsamt endlich auf A7 an. Auch in diesem Laufbahnzweig ist der Konkurrenzdruck zum freien Arbeitsmarkt im Übrigen sehr groß. Bieten Sie bitte bessere berufliche Perspektiven, damit die wichtigen Aufgaben erledigt werden können. Diese Berufsgruppe hat jede organisatorische Veränderung zu stemmen.

Und schließlich **Forderung 4:** während die Stellenschlüssel für AVD, Krankenpflagedienst und Werkdienst deutlich verbessert wurden in den letzten 20 Jahren, blieb der mittlere Verwaltungsdienst auf dem Niveau des gesetzlichen Stellenschlüssels des alten Bundesbesoldungsgesetzes hängen.

Viele der Kolleginnen und Kollegen schauen frustriert, wie sich die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Laufbahnen beruflich entwickeln und sie – bei gleichfalls hoher Verantwortungslage – im 1. oder 2. Beförderungsjahr (A7 oder A8) über viele Jahre kleben bleiben.

Auch hier brauchen wir deutliche Verbesserungen, wollen wir konkurrenzfähig bleiben und Abwanderung verhindern.

Die Bediensteten sind mittlerweile jedenfalls flexibel – die Verhaftung am Arbeitsfeld wirkt nicht mehr wie noch vor 20 Jahren – deshalb: (**Forderung 4**) verbessern Sie die **beruflichen Ent-**

wicklungsmöglichkeiten, verbessern Sie den **Stellenkegel!**

Forderung 5: wer im Dienstleistungszentrum Justizvollzug und in den VC-Cen arbeitet – immerhin, das sind ein Drittel des mittleren Verwaltungsdienstes –, darf sich nicht abgehängt fühlen. Verbessern Sie die Arbeitszeitmodelle; Telearbeit und Teilzeit müssen möglich werden ohne lange Rechtfertigung und Karriereknick.

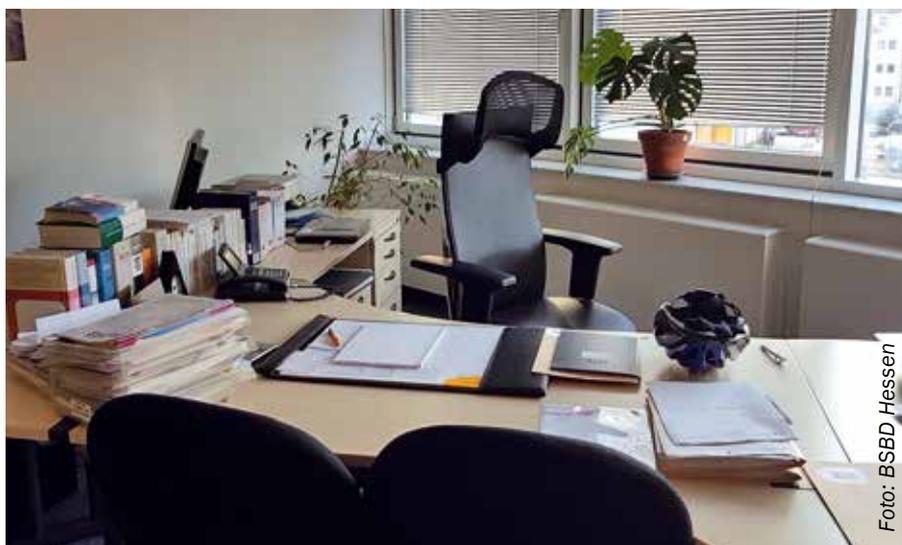
Und schließlich **Forderung 6:** sollten wir nicht auch unsere **Lehr- und Stoffpläne** für die Ausbildung auf den Prüfstand stellen nach der Reorganisation? Müssen tatsächlich alle Verwaltungseinheiten durchlaufen werden, wenn am Ende nur eine Verwendung in der eigenen Region in Betracht kommt? Damit ist gemeint die Zentralisierung von Aufgaben an nur einem VCC-Standort, d.h. im Norden oder im Süden. Muss wirklich alles durchlaufen werden, wenn das Arbeitsfeld niemals übertragen werden wird? Oder könnten wir nicht einzelne Inhalte in der Fachtheorie abbilden und dort vermitteln?

Ganz viel Erörterungsbedarf und großer Nachsteuerungsbedarf stellen wir als BSBD Hessen fest!

Übrigens: Kollegin **Simone Tafel-Höfling**, JVA Kassel I, ist Fachgruppenvertreterin für den mittleren Verwaltungsdienst im **BSBD Hessen**.

e-mail: simone.tafel-hoefling@jva-kassel1.justiz.hessen.de

Durchwahl in der JVA Kassel I: 155. ■



Der mittlere Verwaltungsdienst blieb auf dem Niveau des gesetzlichen Stellenschlüssels des alten Bundesbesoldungsgesetzes hängen. Unter anderem unbedingt notwendig ist ein Anwärtersonderzuschlag, um dringend benötigte geeignete Bewerber und Bewerberinnen gewinnen zu können.

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-8664422
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER
 VERSICHERUNG
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Klaus Wendholt
 Prätat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



Neuer Vorstand des OV Kassel I.

Foto: © Fotostudio Glücksfoto

Neuwahlen im Ortsverband Kassel I

Mitgliederversammlung 2018

Am 13. November 2018 fand die Mitgliederversammlung des BSBD Ortsverbands Kassel I im Baunataler Hof statt.

Neben Berichten aus dem Orts- und Landesverband stand auch die Neuwahl des Vorstandes und der Fachgruppenvertreter auf der Tagesordnung. Nach der Begrüßung durch die Ortsverbandsvorsitzende **Simone Tafel-Höfling**, folgte der Kassenbericht des Schatzmeisters **Thomas Rausch**. Die Kassengeschäfte wurden vorbildlich geführt und der Vorstand wurde auf Antrag einstimmig entlastet. Die Ortsverbandsvorsitzende bedankte sich bei den Vorstandsmitgliedern und den anwesenden Fachgruppenvertretern für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit in den letzten vier Jahren. Anschließend erfolgten die Neuwahlen unter Leitung von **Peter Keil**, der sich als Wahlleiter zur Verfügung stellte.

Für die Wahl zum/zur Vorsitzenden wurde **Simone Tafel-Höfling** erneut vorgeschlagen. Die Wahl erfolgte in geheimer Wahl. **Simone Tafel-Höfling** wurde erneut einstimmig zur Vorsitzenden des Ortsverbandes gewählt. Sie erklärte sich bereit, das Amt für weitere vier Jahre zu übernehmen.

Als neu gewählte Vorsitzende übernahm sie sogleich die weitere Wahlleitung. Als gleichberechtigte stellv. Vorsit-

zende wurden **Wilma Volkenand** und **Hans Zakel** (in Abwesenheit) einstimmig gewählt. Zum Schriftführer wurde **Christian Knapp** gewählt. **Thomas Rausch** wurde als Schatzmeister wiedergewählt.

Für die Fachgruppenvertreter der unterschiedlichen Bereiche wurden gewählt:

Für den AVD:

– **Manuel Titze, Tim Amberg und Martin Drossel.**

Für den Werkdienst:

– **Andrzej Wöhner.**

Für Sicherheit:

– **Stephan Heinrich.**

Für den Sozialdienst:

– **Sophia Heiderich.**

Für die Zweiganstalt Kaufungen:

– **Kevin Meinhardt.**

Für die Zweiganstalt Baunatal:

– **Anja Heller.**

Web-Design/Datenschutz:

– **Sven Mittelstädt.**

Alle Kandidaten wurden einstimmig gewählt und haben die Wahl angenommen. Die Ortsverbandsvorsitzende bedankte sich im Anschluss mit einem kleinen Präsent beim „alten“ Vorstand für die vier sehr konstruktiven Jahre, in denen es gelungen ist, den Ortsverband Kassel I zum zweitgrößten Ortsverband in Hessen werden zu lassen.

Bereits im Mai 2018 haben die Wahlen zur **Jugend- und Auszubildenden-**

vertretung (JAV) stattgefunden. Zur Wahl stellten sich **Alexander Steppan, Christoph Klapp, Salina Wächter** und **Elisa Heyde.**

Die Wahl fiel auf **Alexander Steppan, Christoph Klapp** und **Elisa Heyde; Salina Wächter** wurde als Nachrückerin gewählt.

Weiter berichtete die Ortsverbandsvorsitzende über die Entwicklung im OV Kassel I. Im Jahr 2018 konnten 20 Neumitglieder geworben werden, dies auch Dank der Dienstanfängermappen, die von der **BB-Bank** gesponsert wurden. Der Ortsverband hat aktuell bei den **Städtischen Werken Kassel** und bei **Mc Fit** eine Anfrage bezüglich vergünstigter Eintritts- bzw. Mitgliedsbeiträge versandt. Nach einem kurzen Bericht vom Landesgewerkschaftstag in Butzbach durch die Ortsverbandsvorsitzende, berichtet **Wilma Volkenand** von der Arbeit im Landesvorstand, dem sie als Vertreterin der Tarifbeschäftigten und stellv. Landesvorsitzenden angehört.

Für die **10-jährige Mitgliedschaft** wurden geehrt: **Torsten Diedrichs, Daniel Manz, Martin Sikora** und **Hans Zakel.**

Leider konnten die Kollegen nicht im Rahmen der Mitgliederversammlung geehrt werden, da sie aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen konnten. Die Ehrungen werden zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt. ■



Tarifverhandlungen 2019 – Wir zeigen Flagge

